

EINSCHREIBEN
Schweizerisches Bundesgericht
Strafrechtliche Abteilung
Av. du Tribunal fédéral 29
1000 Lausanne 14

Alex W. Brunner
Architekt HTL
Bahnhofstrasse 210
CH-8620 Wetzikon
Telefon 044 930 62 33

Datum: 15. Dezember 2021
Post Code: 98.00.862200.01001238

Institutionelle Behördenkriminalität in der Schweiz

6B_1323/2021 – Ihre erneute Verfügung betr. Kostenvorschuss vom 30. November 2021

Grüezi

Sie fordern mich erneut auf, Ihnen den Kostenvorschuss bis am 15. Dezember zu überweisen.

Wie ich Ihnen bereits wiederholt mitgeteilt habe, bin ich durchaus bereit, den Kostenvorschuss zu bezahlen, allerdings müssen Sie zuerst den Nachweis erbringen, dass das Bundesgericht hoheitlich legitimiert ist, so wie ich es bereits in der Beschwerde und auch im erwähnten Schreiben gefordert habe. Sie haben es bisher versäumt, mir den Nachweis innert der gesetzten Nachfrist zu liefern, weshalb nach wie vor davon auszugehen ist, dass das Bundesgericht eine Aktiengesellschaft mit einem Verwaltungsrat¹ ist, die nichts anderes als eine Tochtergesellschaft der Muttergesellschaft Schweizerische Eidgenossenschaft ist.

Es liegt nun an Ihnen, den erforderlichen Nachweis endlich zu erbringen. Aber ausgerechnet das wollen Sie nicht, weil mit diesem Nachweis bestätigt würde, dass nicht nur das Bundesgericht, sondern alle ehemaligen öffentlich-rechtlichen Institutionen inzwischen still und heimlich in private Kapitalgesellschaften umgewandelt wurden. Sie alle wurden illegal gegründet, weil für diese Umwandlung das Volk nie befragt wurde. Im Weiteren wurden diese Firmen unvollständig gegründet, indem sie inkl. ihren Handelsbevollmächtigten nie im Handelsamtsblatt publiziert wurden. Die Konsequenz daraus ergibt sich, dass alle Angestellten dieser Firmen für ihr Tun und Lassen privat haften.²

Die Handelsregisterangaben dieser illegal gegründeten Firmen werden nur auf den Wirtschaftsdatenbanken monetas.ch sowie dnb.com publiziert und das auch nur teilweise. Die Dun & Bradstreet Schweiz AG (D&B) als Halterin beider Homepages hat mir inzwischen schriftlich mitgeteilt, dass die publizierten Daten aus öffentlichen Quellen sowie von Inkassounternehmen/Geschäftspartnern oder Firmeninterviews stammen. Beilage 1

Nachdem D&B schriftlich bestätigt hat, dass diese noch behaupteten öffentlich-rechtlichen Institutionen eben bereits Kapitalgesellschaften sind, ist auch bewiesen, dass diese Umwandlungen illegal erfolgten und die daraus resultierenden Verfahren in krimineller Absicht erfolgen.

Diese Absicht hat ein politisches Ziel, das im Fusionsgesetz (FusG; SR 221.301) in Art. 1 festgehalten ist.

¹ www.monetas.ch à Bundesgericht und Tribunal Fédéral jeweils unter Zeichnungsberechtigte

² Siehe Grundlageninfo unter www.hot-sips.com à Links und weitere Unterlagen

1. *Dieses Gesetz regelt die Anpassung der rechtlichen Strukturen von Kapitalgesellschaften, Kollektiv und Kommanditgesellschaften, Genossenschaften, Vereinen, Stiftungen und Einzelunternehmen im Zusammenhang mit Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung.*
2. *Es gewährleistet dabei die Rechtssicherheit und Transparenz und schützt Gläubigerinnen und Gläubiger, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Personen mit Minderheitsbeteiligungen.*
3. *Ferner legt es die privatrechtlichen Voraussetzungen fest, unter welchen Institute des öffentlichen Rechts mit privatrechtlichen Rechtsträgern fusionieren, sich in privatrechtliche Rechtsträger umwandeln oder sich an Vermögensübertragungen beteiligen können.*

Somit ist es politische Absicht, dass alle noch behaupteten öffentlich-rechtlichen Institutionen nur noch wirtschaftliche Zwecke verfolgen, jedoch keinen sozialen gesellschaftlichen Zweck mehr. Es werden nur noch private wirtschaftliche Ziele verfolgt, die dazu führen, dass das Jahrtausende alte Ziel von Babylon erreicht wird. Aus diesem Grund muss dieser Prozess der Umwandlung der Öffentlichkeit vor-enthalten werden, weil er garantiert keine Zustimmung finden würde.²

Die Verneinung des Eingeständnisses dieses Prozesses beweist einmal mehr, dass die verschiedenen Behörden und Ämter, insbesondere die Gerichte, durch und durch korrumpiert sind.

Solange Sie diesen Nachweis nicht liefern, werde ich Sie für alles Tun und Lassen haftbar machen und zwar so, wie ich es Ihnen in meiner Beschwerde und in den Schreiben an die Geschäftsleitung des Bundesgerichtes bereits definiert habe. Sie entscheiden in völliger Unabhängigkeit, sofern Sie überhaupt unabhängig sind, wie es weitergehen wird. Aufgrund Ihres bisherigen Handelns haben Sie die Einwilligung gegeben, dass Sie eines Tages finanziell exekutiert werden können. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem alles öffentlich bekannt und Ihnen alles um die Ohren fliegen wird.

In jedem Fall werde ich meine Beschwerde nicht zurück ziehen.

Es liegt nun an Ihnen, zu entscheiden, ob Sie sich mir gegenüber weiterhin so grosszügig verhalten wollen, wie bisher.

Adieu

Mensch Alex W. Brunner

-
- 1 Stellungnahme der Dun&Bradstreet Schweiz AG zur Herkunft der Daten auf ihrer Wirtschaftsdatenbank, vom 30. November 2021
 - 2 Privatisierung der Behörden